



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Öffnung von Schule

Öffnung von Schule - Fortschritt oder Rückschritt?

Kritische Anmerkungen zum Entwurf

des Rahmenkonzeptes des Kultusministers von NW

"Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule"

Einführung

Während betroffene Eltern, Schüler und Lehrer in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes um den Erhalt von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien kämpfen, vollzieht sich in eben diesen Schulen ein radikaler Wandel.

Von der breiten Öffentlichkeit wird dieser Wandel nicht wahrgenommen. Die im Bereich der Schulbildung neuerdings benutzten wohlklingenden Begriffe geben keinen Aufschluß über die geplanten Veränderungen: Lebensschule, Nachbarschaftsschule, Gemeinwesenschule. Sie sind allesamt eine nur sinngemäße Übersetzung des angelsächsischen Begriffs der "Community School".

"Community Schools" praktizieren in angelsächsischen Ländern und in Ländern der Dritten Welt die "Community Education". Diese Pädagogik ist als Randgruppenpädagogik für sozial Schwache bekannt (bisweilen auch als Slum-Pädagogik bezeichnet) und stellt ein Betreuungskonzept dar, das Schulbildung, Erwachsenenbildung und Freizeitgestaltung umfaßt.

In Anlehnung an die sozialpolitischen Ideen dieser Pädagogik veröffentlichte der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen auf Antrag des Landtags im Jahre 1988 den Entwurf eines Rahmenkonzeptes "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule".

Dieses Konzept wurde in 130.000 Exemplaren an Schulen, Institutionen, Vereine, Verbände und andere Organisationen verteilt. Dabei richtet es sich ausdrücklich an Schulen aller Schulformen, das heißt an Grundschulen, Sonderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, berufsbildende Schulen und Gesamtschulen. Es soll als ein umfassendes Konzept zur grundlegenden Neugestaltung unseres Schulwesens verwirklicht werden. Von vielen Schulen wurde es bereits zustimmend aufgenommen und teilweise umgesetzt.

Da dieses Konzept das Gemeinwesen in erheblichem Umfang in die Umgestaltung einbezieht, hat es nicht nur schulpolitische, sondern in höchstem Maße auch gesellschaftspolitische Bedeutung.



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Welche Veränderungen haben wir zu erwarten?

Was bedeutet Öffnung von Schule?

Zu unterscheiden sind "innere Öffnung" und "äußere Öffnung".

Durch **innere** Öffnung werden Lehrinhalte und Lehrmethoden verändert. In großem Umfang tritt an die Stelle des Fachunterrichts fächerübergreifender und gemeinwesenorientierter "Projektunterricht". Fachkenntnisse und Allgemeinbildung haben an Bedeutung verloren. Zum "pädagogischen Prinzip" wird der "Lebenszug" erhoben (Lebensschule). Im Vordergrund steht die Beschäftigung mit der sogenannten "Lebenswirklichkeit", mit den Gegebenheiten, wie sie im jeweiligen Umfeld einer Schule und ihrer Schüler zu finden sind. Dies bedeutet eine Einengung des Lebens- und Blickfeldes der jungen Menschen auf alltägliches. In der vom Rahmenkonzept geforderten "Nachbarschaftsschule" bzw. "Lebensschule" ist "Unterricht" nur noch eines von vier "Handlungsfeldern". Unterricht steht neben "Schulleben", "Schule und Umfeld" und "Schule als Begegnungsstätte".

Durch eine **äußere** Öffnung bzw. die Öffnung nach außen erfolgt zwangsläufig eine Umgestaltung der Struktur der Schule.

Grundlegend geänderte Lerninhalte können nur in einer gewandelten Organisationsform vermittelt werden. "Am Leben lernen" (H. v. Hentig) kann man nur, wenn die Schule nach außen offen ist. Schüler suchen "außerschulische Lernorte" auf und pflegen Zusammenarbeit mit "außerschulischen Gruppen" des Gemeinwesens, des schulischen Umfeldes.

Das Rahmenkonzept nennt zahlreiche Beispiele: Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Minderheitengruppen benachteiligter Menschen u.v.a. In der Zusammenarbeit mit diesen "Kooperationspartnern" erblicken die Verfasser des Rahmenkonzeptes eine "Anreicherung des Bildungsangebotes" und eine "Qualitätsverbesserung". "Intensive Begegnungen" mit all diesen Personenkreisen sollen Anregungen für die Schüler schaffen und Auswirkungen auf die "Gestaltung des Schullebens", auf den Unterricht und auf das Leben in Gemeinde und Stadtteil haben. Es ist beabsichtigt, auf diese Weise das "schulische Umfeld" als "Lernfeld" zu erschließen.

"Innerschulische und außerschulische Lebenswelten" werden in der "geöffneten Schule" "verschränkt", "verknüpft", "vernetzt".

Schulfremde Personen werden als "Experten" zur Mitarbeit in die Schule eingeladen. Von Eltern, von Handwerksbetrieben, von sozialen Einrichtungen, von politischen Initiativen, von Gruppen "Betroffener" sowie von Einzelpersonen wird also erwartet, daß sie ihr "Expertenwissen" bzw. ihre besonderen Problemstellungen in die Schulen einbringen. Feste, Feiern, kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Begegnungen in größerem Umfang als bisher bedeuten ebenfalls eine Ausweitung des Schullebens. Unterrichtsinhalte und Lernziele, wie sie bisher Gültigkeit hatten, werden in zunehmendem Maße bedeutungslos. Richtlinien und Lehrpläne verlieren Schritt für Schritt ihre Verbindlichkeit.



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

In dieser Situation bleibt bildungsbewußten Eltern keine andere Wahl, als ihren Kindern selbst gesichertes Grundlagenwissen zu vermitteln, das sie zu abstrahierendem und analysierendem Denken befähigt. Eine vermehrte Einrichtung von Privatschulen könnte die Folge sein. Die verheerende Ungleichheit der Bildungschancen wird offenkundig.

Öffnung der Schule heißt Entschulung der Schule, heißt Auflösung der Unterrichtsschule.

Welche Bedeutung hat Projektunterricht?

Projektunterricht unterscheidet sich von fachspezifischem Unterricht durch seine "Situationsgebundenheit", das heißt seine Abhängigkeit von örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten. Projektunterricht ist "handlungsorientiert". Dadurch ermöglicht er Kindern die sogenannte "Selbsttätigkeit". Im Vordergrund steht also das Handeln, nicht das Lernen. Durch selbsttätiges Handeln sollen Kinder Erfahrungen sammeln. Diese zufälligen "Alltagserfahrungen" werden von den Bildungsplanern für wichtiger gehalten als die Aneignung von Wissen.

Das "vorzeigbare Produkt" am Ende der Aktion ist Belohnung für die Arbeit und gibt gleichzeitig Anreize für weitere Projekte. Dieses "Unterrichtsprodukt" wird einem über die Öffentlichkeit der Klasse und der Schule hinausgehenden Publikum zugänglich gemacht (Theateraufführungen, Wandzeitungen, Koch- und Backrezepte, Stadtpläne und vieles andere mehr). Kinder brauchen eine solche "Belohnung", da eine objektive Leistungsbemessung bei Projektarbeit nicht möglich ist. Dies wird auch von Reformbefürwortern eingeräumt.

Es wird unterschieden zwischen reinem Projektunterricht und projekt- und produktorientierten Verfahren.

Reiner Projektunterricht überschreitet Fächergrenzen, ist "problemorientiert", ermöglicht „konkurrenzfreies, kollektives Arbeiten" und liefert "gesellschaftlich relevante Ergebnisse". Die beiden anderen Formen können fachbezogen Anwendung finden.

Im Projektunterricht sollen Lösungsstrategien für die Probleme einzelner, einer Gruppe oder der Gesellschaft entwickelt werden. Durch Lernen im Projektunterricht wollen die Reformer hierarchische Denk- und Herrschaftsstrukturen abbauen. Die soziale Kontrolle wird von dem Lehrer auf die Gruppe verlagert.

Anhand dieser und anderer Kriterien ist ersichtlich, daß dem Projektunterricht Ideen der emanzipatorischen Pädagogik¹⁾ zugrundeliegen. Die emanzipatorische Pädagogik ersetzt religiöse und ethische Normen durch individuelle Interessen, Bedürfnisse und Konflikte und erzieht zu basisdemokratischem Verhalten. Sie ist eine politische Pädagogik und hat eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft zum Ziel.

Diese Pädagogik durchzieht die geltenden Richtlinien. Im Handbuch zu den Richtlinien NRW für den Politikunterricht²⁾ sagt Heinz Schirp vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest, ³⁾ die politik-didaktischen Zielvorstellungen der Richtlinien könnten mit methodischen Verfahren des projektorientierten Lehrens und Lernens am ehesten unterrichtlich umgesetzt werden." Damit ergeben sich fast zwangsläufig auch Ansätze zur gemeinwesenorientierten Öffnung von Schule."



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Diese Aussage bestätigt die Zusammenhänge zwischen Öffnung von Schule, projektorientiertem Unterricht und der emanzipatorischen Pädagogik.

Welche Position nimmt der Lehrer in der offenen Schule ein?

Projektunterricht ist kein geführter Unterricht. Daher wird der Lehrer als Wissensvermittler überflüssig. Er soll Aufgaben der Beratung und der Moderation übernehmen. Gruppeninteressen hat er gegen Einzelinteressen abzuwägen und schon bei der Planung des Projektes für "Erfolgswahrscheinlichkeit" zu sorgen. Nur wenn das Projekt wirklich den Wünschen der Kinder entspricht, sei zu erwarten, daß sie Interesse an der Arbeit entwickelten, meinen die Reformer. Eine Führungsposition soll der Lehrer möglichst vermeiden, da er sonst der gesellschaftspolitischen Arbeit zuwiderhandelte: basis-demokratisches Verhalten soll eingeübt werden!

Als Koordinator und Organisator von Projekten obliegt dem Lehrer die Zusammenführung von außerschulischen und innerschulischen Belangen. Darüber hinaus soll er Gemeindeentwickler werden; denn viele Projekte sind der Stadtentwicklung oder der Aktivierung des Gemeindelebens gewidmet.

Lehrer fühlten sich durch Projektarbeit häufig überfordert, da auch ihnen diese Aufgaben fremd seien, betonten Reformbefürworter. Dieser Tatbestand wird als vorteilhaft angesehen, da er dem Abbau des herkömmlichen Lehrerverhaltens diene; denn ohne besondere Kenntnisse sei der Lehrer gezwungen, mit und neben dem Schüler zu lernen. Gemeinsam machen sich Lehrer und Schüler sachkundig. Der Lehrer werde Mitglied des Lernkollektivs.⁴⁾

Obwohl trotz gravierenden Unterrichtsausfalles kaum neue Lehrer eingestellt werden und obwohl die Geldmittel knapp sind, werden von verschiedenen Bildungsreformen Fort- und Weiterbildung für Lehrer gefordert. In Zukunft sollen Lehrer möglichst gemeinsam mit Eltern, Psychologen, Sozialpädagogen, Sozialarbeitern und auch mit Verwaltungsangestellten und Hausmeistern lernen. Es wird erwartet, daß diese "Experten" ihre Kenntnisse in den Dienst der Schule stellen. Dafür erhalten sie Unterricht in Gemeinwesenfragen. Das Konzept ist, wie der Kultusminister sagt, umfassend. Es verändert nicht nur die Schule, auch verschiedenste Bevölkerungsgruppen können auf der Grundlage dieser Ideen in einen Umerziehungsprozeß einbezogen werden.

Welche Auswirkungen hat das Rahmenkonzept auf Eltern und Familie?

Durch die Mitwirkung unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppierungen und Einzelpersonen wird das Erziehungsrecht von Eltern erheblich beeinträchtigt, da die Schüler einer unüberschaubaren Vielfalt erzieherischer Einflüsse ausgesetzt werden. Dabei können Werthaltungen geprägt werden, die denen des Elternhauses zuwiderlaufen und kaum korrigierbar sind.

Schule unterliegt dem Gebot der Neutralität. Interessenvertretungen hingegen sind nicht neutral. Ihre Aufgabe ist es, zu beeinflussen.

Nach dem Schulmitwirkungsgesetz sind Eltern in den Gremien der Schule (Schulpflegschaft, Schulkonferenz, Fachkonferenzen) zu der planerischen Mitgestaltung des Schullebens berechtigt. Die Autoren des Rahmenkonzeptes betrachten Eltern jedoch als "doppelte Schulaufsicht" und regen an,



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

ihnen statt der Mitplanung ein "Arbeitsfeld" zuzuweisen bzw. sie als "Experten" einzusetzen. Aktiv am Schulleben beteiligte Eltern stehen den Veränderungen aufgrund des Rahmenkonzeptes möglicherweise nicht allzu kritisch gegenüber. Nicht Mit-BESTIMMUNG ist vorgesehen, sondern Mit-ARBEIT.

Die Finanzierung einzelner Projekte wurde und wird von Eltern meist widerspruchslos übernommen: Reisekosten für zusätzliche Ausflüge, Aufwendungen für besondere Veranstaltungen und zusätzliche Materialien. Da die Zahl der Aktivitäten in Zukunft steigen wird, werden sich auch diese Kosten deutlich erhöhen.

Viele Unternehmungen reichen in den Nachmittag hinein. Dadurch werden die tägliche Freizeit sowie die Entwicklung und Betätigung im Familien- und Freundeskreis eingeschränkt, der Einfluß der "geöffneten" Schule jedoch vergrößert.

Die Reformbestrebungen laufen auf Einrichtung von Ganztagschulen hinaus. In ihnen soll in behaglicher Atmosphäre ein Betreuungskonzept nach dem Muster der o.g. "Community Education" verwirklicht werden. Berufstätige und alleinerziehende Eltern begrüßen die Möglichkeit der Versorgung ihrer Kinder am Nachmittag. Dabei sollte jedoch bedacht werden, daß diese staatlichen Einrichtungen den jungen Menschen frühzeitig der Familie entfremden und seine Persönlichkeitsentwicklung einseitig beeinflussen.

Mit der Entschulung der Schule wird die Verschulung der Freizeit betrieben.

Welche Maßnahmen werden für die Durchsetzung der gesellschaftspolitischen Reform ergriffen?

Modellvorhaben in großer Vielfalt werden bereits durchgeführt. Dabei handelt es sich nicht nur um schulische Projekte, sondern auch um Vorhaben, die bisher außerhalb schulischer Aufgaben lagen. In verschiedenen Städten sind es z.B. Stadtentwicklungsprojekte, die aus Bauförderungsmitteln des Bundes und Geldern des Landes für Stadtentwicklung finanziert werden.

Landesmittel werden für die Beratungs- und Dokumentationsstelle des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung bereitgestellt.

Im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung wird begleitendes Schriftmaterial in erheblichem Umfang erstellt.

Ein Journal wurde als "Ideenbörse" geschaffen. Zahlreiche Tagungen, Seminare und Fortbildungsveranstaltungen fanden und finden auch weiterhin statt.

Nach Aussagen von Vertretern des Landesinstituts befassen sich Juristen mit der Frage, wie bürokratische und gesetzliche Regelungen (z.B. Brand- und Versicherungsschutzbestimmungen), noch gültige Lehrpläne und Richtlinien geändert bzw. gar umgangen werden können, um der Verwirklichung des Konzeptes den Weg zu ebnen. Im Plenarprotokoll 10/50 vom 3.6.1987 Nr. 4234 des Landtages NRW wird vom Kultusminister gefordert, "vor allem bürokratische Hemmnisse auszuräumen... da, wo Richtlinien und Lehrpläne, Erlasse und Verfügungen sinnvoller Umsetzung eines Schulöffnungskonzeptes entgegenstellen und wo Ergänzungen notwendig werden sollten. . ."



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

In den Richtlinien für Grund-, Haupt- und Kollegschaften sind die Grundsätze des Rahmenkonzeptes bereits enthalten. Die Richtlinien für alle anderen Schulformen werden zur Zeit überarbeitet und entsprechend angepaßt.

Es wird überlegt, wie Lehrern, die sich in der Verpflichtung der Wissensvermittlung sehen, das schlechte Gewissen genommen werden kann, wenn sie aufgrund der Aktivitäten die Richtlinien nicht erfüllen können.

Alle Projekte werden in einen Informationsaustausch und in ein Auswertungsverfahren einbezogen.

Die "Gesamtkoordination" liegt beim Kultusminister, die "Betreuung der Projekte" beim Landesinstitut für Schule und Weiterbildung.

Aus den Modellversuchen soll ein Kuratorium beim Kultusminister mögliche "Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung unseres Schulwesens" ziehen.

Ein seit langem zielgerecht vorbereiteter, kostenintensiver Maßnahmenkatalog!

Welche Maßnahmen haben dem Konzept den Weg bereitet?

Seit Jahren sind die Intentionen der Bildungspolitik den Parteiprogrammen und den Äußerungen von Bildungspolitikern zu entnehmen.

Am deutlichsten legt ein Beschluß der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB) von 1979 die bildungspolitischen Ziele offen. Dieser Beschluß enthält bereits sämtliche Grundsätze des 1988 veröffentlichten Entwurfs des Rahmenkonzeptes. Damit ist belegt, daß die Ideen des Rahmenkonzeptes seit langem verfolgt werden und keineswegs auf die aktuelle Situation der Lernenden zugeschnitten sind.

Unter der Überschrift "Fortführung der Bildungsreform" ist in dem Beschluß der AfB zu lesen:

"Die SPD geht von der Verknüpfung von äußerer und innerer Schulreform aus. Organisatorische und innere Schulreformen sind also miteinander verschränkt fortzuführen.

An anderer Stelle in demselben Papier:

"Der entscheidende Abbau aller direkten und indirekten Formen der Auslese wird die wesentliche Rahmenbedingung für die Entwicklung einer menschlichen Schule sein."

Prüfungen und Notengebung müßten zu Dokumentationen umgestaltet werden, verlangte die AfB. Für die ersten beiden Grundschuljahre ist diese Forderung bereits verwirklicht, und im Projektunterricht ist Leistungsbeurteilung ohnehin nicht möglich. Indem man den allgemeinen Leistungsvergleich erschwert, beraubt man die jungen Menschen der Möglichkeit, sich selbst einschätzen zu lernen.



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Weiterhin ist in dem Papier der AfB nachzulesen, Bildungsinhalte dürften sich nicht am Bedarf der Wirtschaft orientieren. Es wird beklagt, daß die reformpädagogischen Ansätze der zwanziger Jahre, Schule und soziales Leben stärker in Verbindung zu bringen, weitgehend unberücksichtigt geblieben seien. Dazu wörtlich die AfB:

„Ansätze einer stärkeren Öffnung der Schule gegenüber den Eltern, gegenüber dem sozialen und kommunalen Umfeld wurden kaum entwickelt, der Bezug des Lernens zu Lebenssituationen von Kindern und Erwachsenen blieb vielfach undeutlich.“

Schon 1979 wurden Emanzipation und Selbstverwirklichung gefordert. **Gesellschaftliche** Lernziele sollten für alle Schulformen und alle Schüler Gültigkeit erhalten.

In bezug auf die gesellschaftliche Funktion der Schule wird 1979 ein "langer Atem für die sozialdemokratische Bildungspolitik" gefordert, eine Bildungspolitik, die als ein "Teil einer langfristigen Gesellschaftspolitik zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus" gesehen wird.

Welche Gegenmaßnahmen stehen den Eltern zur Verfügung?

Eltern sollten sich nicht täuschen lassen. Wenn das Rahmenkonzept auch nur im Entwurf vorliegt, so werden doch die Grundsätze bereits verwirklicht.

Gegen ein den Fachunterricht ergänzendes Angebot in angemessenem, begrenzten Umfang unter der Verantwortung der Schule ist nichts einzuwenden. Auf ein lebendiges Schulleben, das es von jeher gab, braucht ebenfalls nicht verzichtet zu werden. Doch Eltern sollten verhindern, daß mit Hilfe des Rahmenkonzeptes gesellschaftspolitische Veränderungen durchgesetzt werden. Nicht zu vergessen ist darüber hinaus, daß die Schulzeit jedem Kind nur einmal zur Verfügung steht. Sie muß sinnvoll genutzt werden!

In den Gremien der Schule - der Klassenpflegschaft, der Schulpflegschaft und der Schulkonferenz - haben Eltern die Möglichkeit, sich gegen die schleichende Umgestaltung des Schulwesens zu wenden. Durch Absprachen mit Schulleitern, Lehrern und anderen Eltern muß versucht werden, fundierten Unterricht zu erhalten. Noch haben Schulen das Recht, Fachunterricht zu erteilen.

Wir Eltern sind gefordert, uns zum Wohle unserer Kinder und ihres schulischen Werdegangs einzusetzen.

1) Vereinfacht dargestellt: Emanzipatorische Pädagogik heißt Pädagogik der Befreiung von Bindungen des Glaubens, der Moral, des Rechtes, der Familie und des Staates.

2) Walter Gagel, Dieter Menne (Hrsg.), Politikunterricht, Handbuch zu den Richtlinien NRW, Landeszentrale für Politische Bildung NW, Düsseldorf 1988.

3) Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest wurde vor über zehn Jahren vom Kultusminister NRW eingerichtet, um im schulischen Bereich Lehrpläne, Richtlinien und Curricula zu



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

erarbeiten, Lehrerfortbildung zu betreiben und im Bereich der allgemeinen Weiterbildung Perspektiven und Programme zu entwickeln.

4) Vgl. Hans Günter Rolff, Klaus Klemm, Hermann Pfeiffer, Ernst Rösner (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 5, Institut für Schulentwicklungsforschung, Weinheim und München 1988.

Literaturhinweise

Stichwort Community Education:

Garner, Norman: Teaching in the Urban Community School, Ward Lock Educational, London.

Lewis, Roger and Spencer, Coug: What is Open Learning? Open Learning Guide 4, CET Council for Educational Technology, London 1986.

Midwinter, Eric: Education and the Community, Unwin Education Books: 23, George Allen & Unwin Ltd., London 1975.

Poster, Cyril: Community Education - its Development and Management, Heinemann Educational Books, London.

Ree, Harry: Educator Extraordinary - The Life and Achievement of Henry Morris 1889-1961, Longman Group Ltd., London 1973.

Ratzki, Anne: Entschulung der Schule: Community Education in England - Ein Modell für die Schule der Zukunft?, in: Demokratische Erziehung, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, H. 9/85.

Zimmer, Jürgen u. Niggemeyer, Elisabeth: Macht die Schule auf, laßt das Leben rein: Von der Schule zur Nachbarschaftsschule, Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1986.

Herz, Otto: Schulkonflikte lösbar machen - Kooperation von Schillern, Eltern, Lehrern, rororo Elternrat, Reinbek 1982.

Emazipatorische Pädagogik:

Brezinka, Wolfgang: Erziehung und Kulturrevolution - Die Pädagogik der neuen Linken, Ernst-Reinhardt-Verlag, München und Basel 1976.

Rahmenkonzept:

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Hrsg.): Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule, Soester Verlagskontor, Soest 1988.



Elternverein Nordrhein-Westfalen e.V.

beim Schulministerium zur Mitwirkung anerkannter Verband – überparteilich –

Günther, Henning: Zur 'Gestaltung des Schullebens und Öffnung un Schule', Sonderdruck aus: Pädagogische Rundschau, Verlag Peter Lang, Frankfurt 1989.

Landtag Nordrhein-Westfalen: Ausschußprotokoll 10/1222 vom 31.05.1989 über die öffentliche Anhörung zu dem Rahmenkonzept des Kultusministers "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule".

Schirp, Heinz: Öffnung von Schule und projektorientiertes Arbeiten, in: Gagel, Walter u. Menne, Dieter (Hrsg.), Politikunterricht, Handbuch zu den Richtlinien NRW, Landeszentrale für politische Bildung NW, Düsseldorf 1988.

Bastian, Johannes u. Gudjons, Herbert (Hrsg.): Das Projektbuch, WPB Bücher, Helbig Verlag 1986.

Rolff, Hand Günter, Klemm, Klaus, Pfeiffer, Hermann, u. Rösner, Ernst (Hrsg.): Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 5, Institut für Schulentwicklungsfouchung, Weinheim und München 1988.

Elternverein NRW

Dr. Renate Albach, Helene Biermann